

Liebe Münchnerinnen und Münchner, liebe Kolleginnen und Kollegen

ich spreche heute hier für das Aktiventreffen „Soziales Rauf - Rüstung runter“. Wir bei „Soziales rauf - Rüstung runter“ sind gewerkschaftlich aktive Kolleginnen und Kollegen aus ver.di, GEW und anderen Gewerkschaften, sozialen Gruppen und der Friedensbewegung. Wir setzen uns - seit bald 2 Jahren – ein, gegen Sozialabbau, Rechtsruck und Kriegspolitik – für gewerkschaftlichen Widerstand!

Zuerst möchte ich einmal ganz klar sagen: Wir können nicht von Sozialabbau und Kürzungspolitik sprechen und zu Militärausgaben und Kriegspolitik schweigen. Es sind zwei Seiten der selben Medaille. Wer 5% des Bruttoinlandsprodukts - also knapp die Hälfte des Bundeshaushalts - für Drohnen, Panzer, Kasernen und Rekrutierungszentren ausgeben möchte, dem bleibt nichts mehr übrig für Rente, Schulen, Krankenhäuser und Theater. Kanonen statt Butter lautet also ihre Parole.

Die Kollegen und Kolleginnen im öffentlichen Dienst, ob bei Bund, Ländern oder Kommunen, können ein Lied davon singen, denn auch für ihre Löhne ist vor lauter Kanonen kein Geld mehr da. Die letzten Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst waren effektive Reallohnverluste. Und ein Angriff auf den 8-Stunden-Tag. Eine der ältesten Errungenschaften der Arbeiter:innenbewegung.

Und nahezu jede Woche werden weitere erkämpfte Rechte zur Disposition gestellt. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die gesetzlichen Ruhezeiten oder das Recht auf Teilzeit.

Im vergangenen Herbst nannte die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi die Angriffe von Union und den Arbeitgebern auf den Sozialstaat unverschämt und warnte vor einer Spaltung der Gesellschaft.

Diese Spaltung wird auch mit der unerträglichen Hetze gegen Bürgergeldempfänger:innen und Migrant:innen vorangetrieben. Doch diese Debatten, ob in Medien oder den Parlamenten, sind reine Ablenkungsmanöver, um nicht über die hunderten Milliarden für Rüstung und Militarisierung sprechen zu müssen.

So verpasst es auch Yasmin Fahimi in ihrer Erklärung vom Herbst, den Zusammenhang von Sozialkassenschlag und Kriegspolitik zu benennen. Auch bei den Tarifkämpfen im öffentlichen Dienst, die per se politisch sind, hat man die Chance vertan, die Auswirkungen der Rüstungsausgaben auf den Staatshaushalt und damit auch auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen zu erklären und Widerstand zu organisieren. Dabei steht den lohnabhängig Beschäftigten als organisierte Arbeiter:innenklasse mit dem Streik eines der wirksamsten Mittel zu Verfügung. Hier gilt es also nicht locker zu lassen, und auch den politischen Streik immer wieder ins Spiel zu bringen.

Im aktuellen Kommunalwahlkampf schweigen leider sämtliche Parteien zu Militarisierung und den Rüstungsausgaben.

Das mag, angesichts der prekären Lage der kommunalen Haushalte, verwunderlich sein – denn auch hier verschärft die Kriegswirtschaft die finanzielle Situation nochmal deutlich – zeigt aber nur das uns Wahlen nicht helfen werden.

Wir müssen uns also selber helfen.

Deshalb kämpfen wir als Aktiventreffen „Soziales rauf - Rüstung runter“ um eine klare Antikriegsposition in den Gewerkschaften und möchten euch dazu einladen, euch zu

beteiligen. Unser nächstes Treffen findet am 24. März um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus in der Neumarkter Straße statt.

*Und auch die Schülerinnen und Schüler helfen sich selbst, mit den Schulstreiks gegen die Wehrpflicht. Am Donnerstag den 05. März um 11 Uhr am Orleansplatz.*

Wir haben nichts zu verlieren - aber eine Welt zu gewinnen!